

# Der Vollzugsdienst

1/2015 – 62. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Gewalt im Justizvollzug:  
Bedienstetenschutz  
ist Führungsaufgabe**

Kommentar von Anton Bachl,  
BSBD-Bundesvorsitzender

Seite 1

**Elektrowerkstatt der  
Justizvollzugsanstalt  
Fuhlsbüttel ausgezeichnet**

Für herausragende Leistungen in der  
dualen Berufsausbildung geehrt

Seite 28

**„Eiszeit“ – Frostige Zeiten  
für Landesbeschäftigte  
in Hessen ab 2015**

Weitere „Sonderopfer“ von  
Beamtinnen und Beamten gefordert

Seite 31



Foto: dbb Journal

**Fachteil: 10 Jahre dbb Jahrestagung in Köln**



Berlin



Rheinland-Pfalz



Sachsen

## INHALT

### BUNDESVORSTAND

- 1 Gewalt im Justizvollzug: Bedienstetenschutz ist Führungsaufgabe
- 2 Islamisten – eine Klientel im Blickpunkt der Öffentlichkeit
- 3 Russ stimmt auf schwierige Einkommensrunde mit Ländern ein
- 3 Gute Investition
- 4 In wenigen Tagen beginnt der große Kampf!

### LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 18 Bayern
- 19 Berlin
- 24 Brandenburg
- 27 Bremen
- 28 Hamburg
- 31 Hessen
- 37 Mecklenburg-Vorpommern
- 40 Niedersachsen
- 43 Nordrhein-Westfalen
- 57 Rheinland-Pfalz
- 62 Saarland
- 64 Sachsen
- 67 Sachsen-Anhalt
- 70 Schleswig-Holstein
- 71 Thüringen

### FACHTEIL

- 73 10 Jahre dbb Jahrestagung in Köln. Verfassung ohne Verfallsdatum – Gesellschaft im Wertewandel



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzende</b>	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
<b>Schriftleitung</b>	Burghard Neumann	<b>vollzugsdienst@t-online.de</b>
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
<b>Bayern</b>	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
<b>Brandenburg</b>	Rainer Krone	<b>bsbdbrb@t-online.de</b> www.bsbd-brb.de
<b>Bremen</b>	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
<b>Hamburg</b>	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Helmut Halwachs	Helmut.Halwachs@jm.mv-regierung.de www.bsbd-mv.de
<b>Niedersachsen</b>	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
<b>Sachsen</b>	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
<b>Schleswig-Holstein</b>	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
<b>Thüringen</b>	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

**Redaktionsschluss**

für die Ausgabe 2/2015:



**15. März 2015**

# Reaktionen auf das Positionspapier des Landesvorsitzenden an die Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Baden-Württemberg

Das Positionspapier vom 12. November 2014 ist durch Abdruck im AKTUELL November 2014 und im VOLLZUGSDIENST 6/2014, S. 12f. allgemein bekannt gegeben worden

Die Reaktionen in Form von Antworten der Fraktionsvorsitzenden ließen nicht lange auf sich warten. Angesichts der aktuellen Ereignisse im baden-württembergischen Justizvollzug fielen die Äußerungen auf die Zustandsbeschreibungen des BSBD in den Anstalten, auf seine Fragen und seine Forderungen durchweg positiv aus, sie zeigten viel Verständnis und sie sagten auch ihre Unterstützung zu.

Selbst konkrete Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung und Umfanglichkeit – wurden angekündigt und zum Teil schon eingeleitet. Für diese teils klaren Ansagen zum weiteren Vorgehen in unseren Anliegen sagt der BSBD vielen Dank!

**Gestützt auf sein Positionspapier erwartet und fordert der BSBD mit seinen Mitgliedern jedoch, dass diesem hoffnungsvollen Auftakt weitere konkrete Schritte in absehbarer Zeit für deutliche Verbesserungen im Justizvollzug folgen werden.**

(Hierauf wird auch in dem an anderer Stelle dieser Ausgabe abgedruckte Artikel „Eingetrübte Freude“ zu den Anträgen in der Haushaltsdebatte im Landtag eingegangen.)

**Doch hier nachfolgend nun die Antwortschreiben der Fraktionsvorsitzenden an den BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid.**

## Schreiben der SPD-Landtagsfraktion vom 18.11.2014

Sehr geehrter Herr Schmid, vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12. November 2014. Die SPD-Landtagsfraktion kann Ihre Befürchtungen in Bezug auf die Entwicklungen des Strafvollzuges insbesondere im Hinblick auf die besorgniserregenden Ereignisse der letzten Zeit nachvollziehen und hat deshalb auch Verständnis für Ihre Forderungen im Bereich der Personalausstattung sowie zur Verbesserung der Besoldungs- und Beförderungssituation.

Der SPD-Justizminister Rainer Stickelberger wird zeitnah eine „Kommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen“ einsetzen, bei der Sie sich dankenswerter Weise bereit erklärt haben, mitzuwirken. Wir haben uns innerhalb unserer Fraktion darauf verständigt,

den Bericht dieser Kommission, der notwendige Maßnahmen in konzeptioneller, personeller, baulicher und sachlicher Hinsicht aufzeigen soll, abzuwarten und notwendige Schritte gegebenenfalls in einem Nachtragshaushalt aufzugreifen.

Der Umgang mit psychisch auffälligen oder kranken Gefangenen stellt für die behandelnden und betreuenden Bediensteten ein Höchstmaß an Belastung dar.

In einem ersten Schritt werden die grünen Regierungsfractionen deshalb in den aktuellen Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2015/2016 beantragen, die Haushaltsmittel für die Supervision um 50.000 Euro jährlich zu erhöhen, um in Ergänzung zu dem bisherigen Angebot auch für die Regelvollzugsanstalten eine auf den jeweiligen Einzelfall bezogene Supervision zu ermöglichen.

Darüber hinaus hat der Justizminister veranlasst, dass die Fortbildungsmaßnahmen für die Bediensteten des Justizvollzugs auf dem Gebiet des Umgangs mit psychisch auffälligen Inhaftierten deutlich erweitert werden. Für diese „Fortbildungsoffensive“ werden insgesamt etwa 100.000 Euro pro Jahr bereitgestellt und etwa weitere 30.000 Euro zur Sicherstellung der Vertretung während der Fortbildung.

Ich möchte dieses Schreiben auch nutzen, um Ihnen und den Strafvollzugsbediensteten im Namen der gesamten SPD-Landtagsfraktion meinen Dank für Ihre Arbeit auszusprechen.

Die Bediensteten der Justizvollzugsanstalten leisten einen elementaren Beitrag zur Sicherheit dieses Landes.

Mit freundlichen Grüßen

**Claus Schmiedel MdL**

Fraktionsvorsitzender

## Schreiben von Jürgen Filius, Rechtspolitischer Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion vom 24.11.2014

Sehr geehrter Herr Schmid, vielen Dank für Ihr Schreiben an unsere Fraktionsvorsitzende Frau Sitzmann, das sie mir – als zuständigen Fachabgeordneten für die Justiz – zur Beantwortung weitergeleitet hatte.

Das Justizressort ist, wie alle anderen Ressorts, von dem verfassungsrechtlichen Gebot der Schuldenbremse 2020 betroffen. Während die Opposition einen sofortigen Schuldenstopp fordert, hat die

Landesregierung mit den Orientierungsplänen einen stufenweisen Abbau der Neuverschuldung beschlossen. In diesem Zusammenhang sind auch Einsparungen im Justizressort notwendig. In Anerkennung besonderer Gegebenheiten wurde beim Justizressort aber die Einsparauflage bis zur Notariatsreform gestundet, so dass im Doppelhaushalt 2015/16 keine neuen Stelleneinsparungen in der Justiz notwendig werden.

Dafür hatte ich mich sehr frühzeitig eingesetzt. Vor diesem Hintergrund sind – obwohl durchaus nachvollziehbar – Mehraufwendungen bei den Ressorts außerordentlich schwierig im Gesamttabelleau der Finanzen unterzubringen.

Wir werden aber die von Ihnen übermittelten Anliegen der Kommission für Haushalt und Finanzen vorlegen, in der die Landesregierung und beide Regierungsfractionen vertreten sind.

Trotz der angespannten Haushaltslage konnten jedoch im Haushalt für die nächsten beiden Jahre eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt werden, um die moderne Justiz weiterhin als guten und familienfreundlichen Arbeitgeber zu erhalten: So werden die Justizbediensteten künftig stärker in die Richtungsentscheidungen der Justiz einbezogen.

Zudem wird mit dem neuen Richter- und Staatsanwaltsgesetz und der – von uns seit langem geforderten – Einführung der Stufenvertretung die Mitbestimmung in der Justiz gestärkt.

Befristete Arbeitsplätze werden nach Möglichkeit in unbefristete umgewandelt, was für die Betroffenen eine wichtige Zukunftsperspektive bietet.

Schließlich konnten zahlreiche Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf getroffen werden.

Zusammenfassend bin ich der Auffassung, dass in Zeiten von notwendigen Einsparungen ein für den Justizhaushalt gutes Ergebnis erzielt werden konnte, das auch die Anstrengungen der Notariatsreform positiv anrechnet.

Durch die neu geschaffenen Maßnahmen konnten zudem weitere wesentliche Schritte zur Sicherung der Attraktivität in der Justiz und im Vollzug erzielt werden.

Gerne stehen ich und mein Arbeitskreis Ihnen für weitere Gespräche zum Justizhaushalt zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Jürgen Filius, MdL**

Rechtspolitischer Sprecher der GRÜNEN

## Schreiben der CDU-Fraktion im Landtag vom 22.12.2014

Sehr geehrter Herr Schmid, haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12. November 2014 und die Übersendung von näheren Informationen zur Situation der Strafvollzugsbediensteten in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten vor dem Hintergrund der dramatischen Ereignisse in den Justizvollzugsanstalten Adelsheim und Bruchsal.

Mit großer Bestürzung hat die CDU-Fraktion im baden-württembergischen Landtag die Ereignisse verfolgt und sich stetig und nachdrücklich für eine vollständige Aufklärung der Vorkommnisse sowie für eine verbesserte Situation sowohl der Strafvollzugsbediensteten als auch der medizinischen und psychiatrischen Betreuung von Strafgefangenen eingesetzt.

Nur so kann die Sicherheit der Strafvollzugsbediensteten künftig besser gewährleistet werden. Dies zu gewährleisten ist in erster Linie Aufgabe und Pflicht der Landesregierung.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir Änderungsanträge im Bereich des Justizvollzugs mit einem Gesamtvolumen von 5.040.000 Euro gestellt und damit unsere Forderungen nach einer langfristig und dauerhaft verbesserten Situation untermauert. Wie Sie sicherlich wissen, wurden diese Anträge einstimmig von den Regierungsfractionen abgelehnt, was wir bedauern und angesichts der Vorkommnisse für unangemessen halten. Die Haushaltsanträge sind als Anhang zu Ihrer Information beigefügt.

Sie können gewiss sein, die CDU-Fraktion wird sich auch weiterhin für bessere Rahmenbedingungen der Strafvollzugs-

bediensteten einsetzen. Ich habe Ihr Schreiben dem zuständigen Arbeitskreis „Recht und Verfassung“ der CDU Landtagsfraktion zur weiteren politischen Diskussion und Bearbeitung zugeleitet und bedanke mich für Ihr Engagement.

Mit freundlichen Grüßen  
**Peter Hauk, MdL**

Auch die nachfolgende **Pressemitteilung** vom 21. November 2014, **des Landtagsabgeordneten Sascha Binder (SPD)** hat ihren Anstoß aus unserem Positionspapier erhalten und hat auch maßgeblich dazu beigetragen, dass der Abgeordnete zusammen mit dem Landesvorsitzenden am **21. November 2014 die Justizvollzugsanstalt Adelsheim** besuchte, um einen unmittelbaren Eindruck von der Vollzugspraxis gewinnen zu können.

Pressemitteilung der SPD vom 21. November 2014

## Besorgnis über zunehmende Gewalt gegen Strafvollzugsbedienstete

Regierungsfractionen unterstützen Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Kriminalität

**Sascha Binder MdL: „Die Bediensteten im Justizvollzug leisten einen elementaren Beitrag zur Sicherheit unseres Landes und bedürfen einer breiten Unterstützung durch Politik und Gesellschaft“.**

Der rechtspolitische Sprecher der **SPD-Landtagsfraktion Sascha Binder MdL** ist nach seinem heutigen Vor-Ort-Besuch der Justizvollzugsanstalt Adelsheim sehr besorgt über die zunehmende Gewalt gegen Bedienstete im Justizvollzug. „Die Bediensteten im Justizvollzug leisten einen elementaren Beitrag zur Sicherheit unseres Landes und bedürfen einer breiten Unterstützung durch Politik und Gesellschaft“, forderte **Binder**.

**Binder** hat sich nach dem Vorfall, bei dem bei einer Massenschlägerei zwischen 50 Gefangenen insgesamt sechs Vollzugsbedienstete dienstunfähig geschlagen wurden, selbst ein Bild über die vom Justizministerium und von der Anstaltsleitung in Zusammenarbeit mit den Bediensteten ergriffenen Maßnahmen gemacht. „Ein getrennter Hofgang ermöglicht es nun den Gefangenen, die bislang aus Angst nicht am Hofgang



**Sascha Binder MdL.** Foto: HP LT-Fraktion

teilnehmen wollten, bessere Haftbedingungen“, so **Sascha Binder**. So könne man auch bei künftigen Vorfällen auf dem weitläufigen Gefängnisgelände schneller reagieren und die Bediensteten besser schützen.

In diesem Zusammenhang wies der rechtspolitische Sprecher der **SPD** auch darauf hin, dass der Umgang mit psychisch auffälligen oder kranken Gefangenen für die behandelnden und betreuenden Bediensteten ein Höchstmaß an Belastung darstelle. Die **grün-roten** Regierungsfractionen haben deshalb in den aktuellen Haushaltsberatungen

für den Doppelhaushalt 2015/2016 die Mittel für die Supervision um 50.000 Euro jährlich erhöht, um in Ergänzung zu dem bisherigen Angebot auch für die Regelvollzugsanstalten eine auf den jeweiligen Einzelfall bezogene Supervision zu ermöglichen.

Darüber hinaus seien im Rahmen einer Fortbildungsinitiative zum Jugendstrafrecht die Mittel für umfassende Fortbildungsmaßnahmen von jungen Jugendstaatsanwälten und Jugendrichtern zur Vermittlung vertiefter Kenntnisse in den Bereichen Kriminologie, Pädagogik und Jugendpsychologie ebenfalls um 50.000 Euro jährlich angehoben worden. „Die **grün-rote Koalition** fördert die Prävention und Bekämpfung von Kriminalität außerhalb und innerhalb von Gefängnismauern“, so **Binder**.

**Sven Plank**

Stellv. Pressesprecher

**Der BSBD-Landesverband sagt Herrn Abgeordneten Binder besten Dank für seinen nachdrücklichen Einsatz und seine Unterstützung für den Justizvollzug in Baden-Württemberg.**

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 58 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst

**TOP-KONDITIONEN** [www.beamtendarlehen-center.de](http://www.beamtendarlehen-center.de)  
Persönliche Sofortberatung: ☎ 0800 - 77 88 000



Vermittelt: Jürgen Jäckel • Am Husalsberg 3 • 30900 Wedemark • Tel. 05130/97572-30 • Fax 05130/97572-59 • E-Mail: [jaeckel@beamtendarlehen-center.de](mailto:jaeckel@beamtendarlehen-center.de)

## Eingetrübte Freude

Anträge zum Justizvollzug der Regierungsfractionen und der CDU-Oppositionsfraction in der Haushaltsdebatte im Landtag am 11. Dezember 2014

**Eigentlich wollte der Landesvorstand Mitte Dezember 2014 ein bereits verfasstes AKTUELL mit folgendem Titel herausgeben: „Die Aktivitäten des BSBD-Landesverbands und seine Tatkraft machen Sinn, Zuversicht und auch Freude!“ Dies trifft auch überwiegend noch zu, doch unsere Freude wurde durch ein zeitgleiches Ereignis im baden-württembergischen Landtag stark eingetrübt, ja fast zunichte gemacht.**

Doch der Reihe nach: Unser **BSBD-Positionspapier vom 12. November 2014** an die Fractionen im baden-württembergischen Landtag (s. VOLLZUGSDIENST 6/2014, S. 12f.) ist dort bei allen offenbar gut angekommen und hat wohl einen ersten beachtlichen Anstoß bewirkt, denn die beiden Regierungsfractionen haben am 11.12.2014 in die wichtigen Haushaltsberatungen für 2015/16 einen **Entschließungsantrag zum Kapitel 050 – Justizvollzugsanstalten (s.u.)** zum Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft eingebracht.

Zu diesem Antrag haben sicher auch die von unserem Landesvorsitzenden präzise formulierten Strukturprobleme im baden-württembergischen Justizvollzug beigetragen. Der Entschließungsantrag hat gewiss herausragendes Gewicht, denn er ist gemeinsam von der **Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN – Edith Sitzmann – und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden – Claus Schmiedel** – unterzeichnet worden. Er geht auch an die richtige Stelle, nämlich zur **Beschlussempfehlung in den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft**.



**Edith Sitzmann Mdl.**  
Foto: Homepage BU90-GRÜNE



**Claus Schmiedel Mdl.**  
Foto: Homepage Landtag BW

Neben dem Einsatz einer **Expertenkommission** zum „Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen“, die sich am 15. Dezember 2014 zur konstituierenden Sitzung unter Leitung von Referatsleiter **Professor Dr. Wulf** getroffen hat und in

die auch der **BSBD-Landesvorsitzende** sowie der **HPR-Vorsitzende** berufen worden sind, ist mit dem Entschließungsantrag von **GRÜNEN** und **SPD** eine zweite, zentrale und viel umfassendere „Baustelle“ aufgemacht, da nämlich damit die vollzuglichen Rahmenbedingungen insgesamt überprüft werden sollen.

Diese Überprüfungen haben zum Ziel, dass „sächliche und personelle Mehrbedarfe dann in einem Nachtragshaushalt gegebenenfalls berücksichtigt werden“ sollen. Eine solch konkrete und weitreichende vollzugspolitische Aussage hatte der **BSBD-Landesvorstand** zwar erhofft, aber nicht unbedingt erwartet.

**Bei aller Problematik sieht es der BSBD-Vorstand als hohe Wertschätzung an, dass nur unsere gewerkschaftliche Berufsvertretung in dem Entschließungsantrag gleich zwei Mal als „kompetenter Sachverständiger“ namentlich genannt wird.** Dies ist in einem Landtagsantrag eine seltene Besonderheit und wir werden alles daran setzen, um diese hervorragenden Rolle mit dem Vorstand und – falls erforderlich – mit unseren Fachgruppen und den Ortsverbänden wirksam und nachhaltig ausfüllen zu können: Wir werden den zuständigen Landtagsabgeordneten jederzeit Rede und Antwort stehen.

**Dies hat unser Landesvorsitzender Alexander Schmid bereits bewiesen: Bei all seinen vielfältigen Bemühungen hat er stets hohe Fachkompetenz gezeigt, ausgewogene Forderungen erhoben, und sein Augenmaß hat damit zur Akzeptanz unseres Positionspapiers 2014 geführt.** (Siehe auch: **AKTUELL – November 2014**)

**Doch hier ist nun der Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD im vollen Wortlaut:**

**Landtag von Baden-Württemberg  
Drucksache 15/6055-4**

15. Wahlperiode  
Eingang: 10.12.2014

**Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD**

zu der **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – **Drucksache 15/6005 Abschnitt I Nummer 8**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2015/2016**

**Einzelplan 05 – Justizministerium – Kapitel 050 - Justizvollzugsanstalten**  
Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen, neben der Erarbeitung von Leitlinien für den Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen die rechtlichen, organisatorischen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen des Justizvollzugs in Baden-Württemberg insgesamt zu überprüfen. Die Vorfälle in Bruchsal und Adelsheim geben Anlass, insbesondere der Sicherheit der Bediensteten im Justizvollzug, der personellen Ausstattung, den beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten sowie der Attraktivität der Berufsbilder im Justizvollzug besonderes Augenmerk zu schenken. Sächliche und personelle Mehrbedarfe sollen dann in einem Nachtragshaushalt gegebenenfalls berücksichtigt werden.

**Sitzmann** und Fraktion  
**Schmiedel** und Fraktion  
10.12.2014

### **Begründung:**

Die außergewöhnlichen Vorkommnisse in den Justizvollzugsanstalten Bruchsal und Adelsheim haben deutlich gemacht, unter **welch schwierigen Bedingungen** die Bediensteten des Justizvollzugs bei knapper Personalausstattung ihre Aufgaben verrichten müssen. Auch nach Schilderungen von Vollzugspraktikern und des **BSBD-Landesverband Baden-Württemberg** haben die Belastungen und die Gefährdungen im Justizvollzug zugenommen. Das Land muss sicherstellen, dass die im Justizvollzug Bediensteten ihren anspruchsvollen Aufgaben in einer Weise nachkommen können, die den Ansprüchen der Strafgefangenen an einen modernen und therapiegerichteten Vollzug einerseits und den berechtigten eigenen Sicherheitsinteressen andererseits gerecht wird.

Eine vom Justizministerium einberufene Expertenkommission wird den Status Quo im Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen ermitteln und konkrete Handlungsempfehlungen für den Umgang mit dieser zunehmend problematischen Gruppe von Gefangenen erarbeiten. Aber auch über diese Themenstellung hinaus besteht Anlass, die tatsächlichen Entwicklungen im Justizvollzug von Baden-Württemberg in den Blick zu nehmen und zu prüfen, ob die Rahmenbedingungen im Interesse einer umfassenden und sicheren Erfüllung der vollzuglichen Zielsetzungen angepasst werden müssen. Dabei werden insbesondere die Beobachtungen und Erfahrungen des **BSBD-Landesverband Baden-Württemberg** zu berücksich-

tigen sein. Ferner ist ein Informationsaustausch mit der Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen in geeigneter Weise sicher zu stellen.“

#### Dazu sagt der BSBD:

Die fast überschwängliche Freude im BSBD über diesen Entschließungsantrag der maßgeblichen politischen Kräfte wurde heftig eingetrübt, als zur gleichen Zeit bekannt wurde, dass auch die größte Fraktion im Landtag und CDU-Opposition einen fast übereinstimmenden Entschließungsantrag sowie zwei Änderungsanträge in die Debatte am 11.12.2014 um den Doppelhaushalt 2015 und 2016 zum Justizvollzug eingebracht hatte. Ganz wesentlicher Unterschied war jedoch, dass von der CDU Finanzmittel in Höhe von insgesamt 5,04 Mio. Euro für unmittelbar umzusetzende konkrete Maßnahmen (s.u.) beantragt worden sind. So kam es wie es kommen musste: Die CDU-Anträge in dieser Sache wurden von den Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD am 11.12.2014 einstimmig abgelehnt (siehe hierzu unten: die Kommentierung des CDU-Strafvollzugsbeauftragten Karl Zimmermann).

Dabei sind die Begründungen in den Entschließungsanträgen über die Parteigrenzen hinweg nahezu identisch. Einmal ist die Rede von „schwierigen Bedingungen der Bediensteten“, von „knapper Personalausstattung“, von der Zunahme der „Belastungen und Gefährdungen“ in den Anstalten (GRÜNE und SPD).

Ein anderes Mal wird ebenso gesprochen von der „schwierigen und unter Umständen gefährlichen Aufgabe der Bediensteten“ und von der Sorge um „eine in personeller und sachlicher Hinsicht angemessenen Ausstattung“ (CDU).

Weshalb auf dieser grundsätzlich einheitlichen und offenbar auch tragfähigen Einschätzung der tatsächlichen Verhältnisse im baden-württembergischen Justizvollzug ein Einvernehmen nicht zustande kommen konnte, erschließt sich dem BSBD nicht (zumal das Plenarprotokoll von der Landtagsitzung am 11.12.2014 derzeit noch nicht vorliegt und somit nicht einsehbar ist).

Dabei wäre auch der Mehraufwand von 5,04 Mio. Euro keine ungebührliche Belastung für den Landeshaushalt gewesen, sieht man die enormen zusätzlichen Zuwendungen für andere Ressorts, die sprudelnden Steuereinnahmen und nicht zuletzt die Gesamtausgaben für den Justizvollzug in Höhe von 271,7 Mio. Euro (2012) an; gut

5 Mio. Euro wären davon gerade mal bescheidene 0,93 Prozent gewesen – ein „Nasenwasser“ (berechnet auf zwei Haushaltsjahre).

Zwei Unterschiede sind zu erkennen:

- Nach dem CDU-Änderungsantrag I soll durch eine „externe Organisationsuntersuchung das bestehende bzw. jetzt überarbeitete interne Kontrollsystem“ des Justizministeriums überprüft werden, während die Regierungsfaktionen offenbar auf die am 15.12.2014 konstituierte Expertenkommission setzen, an der ebenfalls externe Sachverständige – und auch der BSBD – beteiligt sind.
- Außerdem will die CDU umgehend Haushaltsmittel zur Steuerung und Behebung von aktuell erkannten Vollzugsproblemen einsetzen; die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD wollen dagegen den auf September 2015 terminierten Bericht der Expertenkommission abwarten, um dann „die notwendigen Maßnahmen in konzeptioneller, personeller, baulicher und sachlicher Hinsicht...ggf. in einem Nachtragshaushalt aufzugreifen.“ (aus dem Schreiben vom 18.11.2014 des SPD-Fraktionsvorsitzenden an den Landesvorsitzenden, s.a.a.O. in dieser Ausgabe).

Es ist klar davon auszugehen, dass sich letztere Vorgehensweise bereits durchgesetzt hat. Der BSBD wird deshalb mit ganz besonders wachsamem Blick darauf achten, dass die allseits doch sehr positiven und zielführenden Ansätze nicht dem gelegentlich auftretenden „politischen Phänomen des Vergessens“ anheimfallen. Vielmehr wartet der BSBD mit fester Zuversicht darauf, dass spätestens im Nachtragshaushalt die finanziellen „Pflöcke“ eingeschlagen werden, die zur Behebung der seit geraumer Zeit bestehenden und nun erkannten „Baustellen“ im Justizvollzug notwendig sind.

#### Hier sind nun die Anträge der CDU-Fraktion:

##### „Landtag von Baden-Württemberg Drucksache 15/6055-xx

15. Wahlperiode  
Eingang: xx.xx.2014

##### Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft  
Drucksache 15/6005 Abschnitt I  
Nummer 8

##### Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2015/2016

##### Einzelplan 05 – Justizministerium Kapitel 0508 – Justizvollzugsanstalten

Der Landtag wolle beschließen,



Peter Hauk MdL.

Foto: Homepage Landtag BW

die Landesregierung zu ersuchen, durch eine umfassende und zügige Organisationsuntersuchung der bestehenden Justizvollzugsanstalten in Baden-Württemberg anhand objektiver Kriterien sachliche und personelle Mehrbedarfe zu ermitteln und gegebenenfalls Lösungsvorschläge für eine Anpassung der administrativen, regulatorischen und finanziellen Voraussetzungen vorzulegen. Die Umsetzung sollte so zeitnah erfolgen, dass erforderliche Anpassungen spätestens zum Ende des Jahres 2015 in Kraft treten können.

XX.XX.2014

Hauk und Fraktion

#### Begründung:

Die Bediensteten in den baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten versehen täglich eine schwierige und unter Umständen auch gefährliche Aufgabe. Ihnen muss ein berufliches Umfeld sichergestellt werden, in welchem sie ihre Aufgaben sicher und umfassend erledigen können.

Dabei ist für eine in personeller und sachlicher Hinsicht angemessene Ausstattung zu sorgen. Die Ereignisse in den Justizvollzugsanstalten Adelsheim und Bruchsal haben Schwächen an den bestehenden Strukturen im Justizvollzug aufgezeigt. Deren Ursachen zu ergründen und Abhilfemöglichkeiten aufzuzeigen, soll Gegenstand einer Organisationsuntersuchung sein, deren Ergebnisse in die Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen einfließen sollen. Die Expertenkommission soll bei der Konkretisierung der Aufgaben und Ziele der Organisationsuntersuchung angemessen beteiligt werden.“

##### Landtag von Baden-Württemberg Drucksache 15/6055-xx

15. Wahlperiode  
Eingang: xx.xx.2014

##### Änderungsantrag der Fraktion der CDU

zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft  
– Drucksache 15/6005 Abschnitt I  
Nummer 1

##### Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2015/2016

##### Einzelplan 05 – Justizministerium

Der Landtag wolle beschließen:

##### Kapitel 0501 – Ministerium

zu ändern:

### Kosten für Sachverständige

Zusätzlich „veranschlagt sind Kosten für eine Organisationsuntersuchung zur Verbesserung der Kontrollsysteme des Justizministeriums im Bereich des Justizvollzugs. Diese unterfällt nicht den Vorgaben der globalen Minderausgabe für die Gutachten.“

**Mehrbedarf in 2015: 40.000 €**

#### Begründung:

Die Bediensteten in den baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten versehen tagtäglich eine schwierige und unter Umständen auch gefährliche Aufgabe. Ihnen muss ein berufliches Umfeld sichergestellt werden, in welchem sie ihre Aufgaben sicher und umfassend erledigen können.

Die Ereignisse in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal haben Schwächen an den bestehenden Strukturen der Aufsicht im Justizvollzug aufgezeigt. Durch eine externe Organisationsuntersuchung soll das bestehende bzw. jetzt überarbeitete interne Kontrollsystem des Justizministeriums und der ihm nachgeordneten Stellen bei der Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten bzw. der Ausübung der rechtlichen Prüfungs- und Zustimmungserfordernisse auf Belastbarkeit und mögliche Schwachstellen geprüft werden.

### Änderungsantrag der Fraktion der CDU

zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6005 Abschnitt I Nummer 8

#### Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2015/2016

##### Einzelplan 05 – Justizministerium

Der Landtag wolle beschließen:

##### Kapitel 0508 – Justizvollzugsanstalten zu ändern:

#### 1. Bezüge und Nebenleistungen für Beamtinnen und Beamte

Zusätzlich „veranschlagt ist eine Sonderzulage für die Beamten im allgemeinen Vollzugsdienst zur Anpassung der Besoldung an die gestiegenen Anforderungen.“

**Mehrbedarf in 2015 und 2016: jeweils 1,75 Mio. €**

#### 2. Sonstige Beschäftigungsentgelte

Zusätzlich „veranschlagt sind Kosten des Mehrbedarfs zur Stärkung der Strukturen zur Erkennung und Behandlung psycholo-

gischer und psychiatrischer Auffälligkeiten und Anpassung an Untersuchungs- und Behandlungsmehraufwand.“

**Mehrbedarf in 2015 und 2016: jeweils 400.000 €**

#### 3. Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)

Zusätzlich „veranschlagt sind zudem Mehrkosten zur Verbesserung der Dienst- und Schutzkleidung der Beamten im allgemeinen Vollzugsdienst.“

**Mehrbedarf in 2015 und 2016: jeweils 250.000 €**

#### 4. Kosten für Sachverständige

Zusätzlich „enthalten sind zudem Kosten einer umfassenden Organisationsuntersuchung der Justizvollzugsanstalten zur Ermittlung eventueller Bedarfe im Personal- und Sachmittelbereich unter Berücksichtigung bundesweiter Standards. Diese unterfällt nicht den Vorgaben der globalen Minderausgabe für die Gutachten.“

**Mehrbedarf in 2015: 200.000 €**

**Mehrbedarfe im Justizvollzugs-  
haushalt in 2015 und 2016  
zusammen: 5,04 Mio. €**

#### Begründung:

Die Bediensteten in den baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten versehen tagtäglich eine schwierige und unter Umständen auch gefährliche Aufgabe. Ihnen muss ein berufliches Umfeld sichergestellt werden, in welchem sie ihre Aufgaben sicher und umfassend erledigen können.

Dabei ist für eine in personeller und sachlicher Hinsicht angemessene Ausstattung zu sorgen. Die Ereignisse in den Justizvollzugsanstalten Adelsheim und Bruchsal haben Schwächen an den bestehenden Strukturen im Justizvollzug aufgezeigt.

Deren Ursachen zu ergründen und Abhilfemöglichkeiten aufzuzeigen, soll Gegenstand einer Organisationsuntersuchung sein, deren Ergebnisse in die Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen einfließen sollen.

Die Expertenkommission soll bei der Konkretisierung der Aufgaben und Ziele der Organisationsuntersuchung angemessen beteiligt werden.

xx.11.2014

**Hauk** und Fraktion

### Der Strafvollzugsbeauftragte der CDU äußert sich

Zu dieser für ihn enttäuschenden und ärgerlichen Angelegenheit hat sich der für seine klaren Worte bekannte CDU-Strafvollzugsbeauftragte **Karl Zimmermann MdL** mit einer E-Mail vom **15. Dezember 2014** an den Landesvorsitzenden **Schmid** gewandt. Wir wollen dieses Votum unseren Mitgliedern nicht vorenthalten:

#### „Betreff: Anträge zum Haushalt Justizvollzug 2015/2016“

Sehr geehrter Herr Schmid, beigefügt erhalten Sie die von mir bzw. von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Änderungs- und Entschließungsanträge für den Staatshaushaltsplan 2015/2016. Diese Anträge wurden bei der Beratung im Plenum am 11.12.2014 eingebracht. Ich habe diese Anträge bereits dem Justizminister im Rahmen einer Besprechung mit den Strafvollzugsbeauftragten am 03.12.2014 vorgelegt. Hierbei stießen die von mir gemachten Vorschläge auf allgemeine Zustimmung, auch meiner Kollegen aus den anderen Fraktionen. Nunmehr haben

alle Abgeordneten von Grün und Rot die Anträge einstimmig abgelehnt! So geht Politik. Im Übrigen haben weder ein Vertreter der Grünen-Fraktion noch der SPD und leider auch nicht der Ministerpräsident in der Beratung im Plenum kein einziges Wort zum Einzelplan 05, d.h. zum Ressort der Justiz, geäußert. Ich habe dies mit einem deutlichen Zwischenruf und entsprechender Kommentierung zum Ausdruck gebracht. Man kann es fast schon als auffällig und bemerkenswert bezeichnen, dass die Regierung den gesamten Justizbereich im Gegensatz zu allen anderen Ressorts nicht mit einer Silbe erwähnte.

Gehen Sie davon aus, dass ich in meiner Funktion als Strafvollzugsbeauftragter, aber auch im Auftrag meiner Fraktion, die Anliegen aller Bediensteten in der Justiz und insbesondere im Justizvollzug mit al-



**Karl Zimmermann MdL.**

Foto: Homepage CDU-Fraktion

- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Extra günstig vom Spezialisten
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**0800 - 1000 500** Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.  
Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstigster Autokredit

**3,14%** effektiver Jahreszins  
5.000 € bis 50.000 €  
Laufzeit 36 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 36 Monate, 3,14% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,10% p.a., Rate 374,- €, Gesamtkosten 31.454,90 €

[www.Autokredit.center](http://www.Autokredit.center)

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker  
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

ler Deutlichkeit weiterverfolgen werde. Im Besonderen werde ich die Forderungen im Justizvollzug nochmals herausstellen, und ich bin überzeugt, dass die Regierung mit großer Wahrscheinlichkeit bis spätestens Mitte 2015 auf meine Forderungen bzw. auf die der CDU-Landtagsfraktion positiv wird reagieren müssen.

Es ist beschämend, wie andere Ressorts mit Hunderten von Millionen an zusätzlicher Finanzausstattung für die Jahre 2015 und 2016 bedacht werden und die Justiz, der Kernbereich eines funktionierenden demokratischen Rechtsstaates, nicht einen Euro zusätzlich erhält. Wenn nicht jetzt, wann dann? Schon auf Grund

der aktuellen Vorkommnisse und Situation im Strafvollzug wäre spätestens jetzt der richtige Zeitpunkt gewesen, den Justizbereich durch eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung zu stärken.

*Ich verbleibe in enger Verbundenheit  
Ihr **Karl Zimmermann**  
CDU-Fraktion*

**Der BSBD hat dem nichts weiter hinzuzufügen als: „Herzlichen Dank – Herr Zimmermann – für Ihr klares Votum und für Ihre unermüdliche und nachdrückliche Unterstützung des Justizvollzugs und des BSBD!“** *wok*



**- solidarisch  
- kompetent  
- erfolgreich**

**Bund der Strafvollzugsbediensteten  
Deutschlands**

**[www.bsbd.de](http://www.bsbd.de)**

Justizministerium Pressestelle – Medieninformation, 15. Dezember 2014

## Expertenkommission nimmt ihre Arbeit auf

Kommission wird Umgang, Betreuung und Versorgung mit psychisch auffälligen Gefangenen umfassend analysieren

**Die von Justizminister Rainer Stichelberger eingesetzte Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen kam am 15. 12.2014 erstmals in Stuttgart zusammen.**

„Im vergangenen Jahr wurden bei 2.603 Gefangenen psychische Auffälligkeiten festgestellt. Der Umgang mit diesen Menschen stellt die Bediensteten in ihrer täglichen Arbeit und den Justizvollzug insgesamt vor große Herausforderungen. Die Kommission wird daher die Betreuung und Versorgung von solchen Gefangenen umfassend analysieren und auf den Prüfstand stellen“, erklärte der Minister.

Insgesamt 16 Expertinnen und Experten bringen in die hochrangig besetzte Kommission ihren Sachverstand ein. Praktiker aus dem Justizvollzug sind ebenso vertreten wie Fachleute aus dem Bereich der Psychiatrie und der Behandlung Strafgefangener. Neben Vertretern aus dem Justiz- sowie dem Sozialministerium Baden-Württemberg sind außerdem

der Bund der Strafvollzugsbediensteten und die Personalvertretung beteiligt. „Besonders freut mich, dass auch Strafvollzugsbeauftragte der Landtagsfraktionen in der Kommission mitwirken. Dies bietet die Chance für eine fraktionsübergreifende, von parteipolitischen Erwägungen losgelöste Debatte“, so **Rainer Stichelberger**. „Die Expertenkommission wird den Ist-Zustand im Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen ermitteln und konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten“, sagte **Stichelberger**. Im Vordergrund stehe die Frage, wie psychische Auffälligkeiten im Justizvollzug zuverlässig erkannt und sachgerecht behandelt werden könnten. Die Rolle des Justizvollzugskrankenhauses werde in diesem Zusammenhang ebenso untersucht wie der Einsatz interner und externer Fachleute in den einzelnen Justizvollzugsanstalten und die Zusammenarbeit mit dem Maßregelvollzug und den psychiatrischen Kliniken. „Auch mit den Voraussetzungen und Grenzen ärztlicher Zwangsbehand-

lungen im Vollzug wird sich die Kommission befassen“, so der Minister.

**Stichelberger** wies in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse der aktuellen Haushaltsberatungen im Landtag hin. „Der Landtag hat am vergangenen Donnerstag einstimmig beschlossen, dass neben der Erarbeitung von Leitlinien für den Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen auch die rechtlichen, organisatorischen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen des Justizvollzugs in Baden-Württemberg insgesamt überprüft werden sollen. Etwaige sachliche und personelle Mehrbedarfe sollen in einem Nachtragshaushalt berücksichtigt werden. Dieser Beschluss des Landtags schafft die finanzielle Grundlage dafür, dass die Empfehlungen der Kommission in die vollzugliche Praxis umgesetzt werden können“, sagte der Minister.

Die Kommission wird nach den derzeitigen Planungen monatlich tagen und im dritten Quartal 2015 ihren Abschlussbericht vorlegen.

BBW greift Positionspapier des BSBD auf – Pressemitteilung vom 17. Dezember 2014

## „Bedienstete im Strafvollzug bei ihrer Arbeit nicht länger alleine lassen“

Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen nimmt Arbeit auf

**Der BBW-Beamtenbund Tarifunion begrüßt, dass jetzt eine Expertenkommission gezielte Maßnahmen erarbeitet, um das Personal im Strafvollzug bei der Betreuung und Versorgung von psychisch auffälligen Gefangenen zu unterstützen.**

Es sei höchste Zeit, dass man die Bediensteten mit dem schwierigen Umgang dieser Menschen nicht länger alleine lässt“, erklärte **BBW-Chef Volker Stich**

nach der ersten Sitzung der Kommission. Mit der Einrichtung der Expertenkommission habe Justizminister **Rainer Stichelberger** eine über viele Jahre hinaus vernachlässigte Entwicklung zur sachgerechten und verantwortungsvollen Betreuung von Strafgefangenen angestoßen.

Der Expertenkommission gehört auch **Alexander Schmid** an, der Landesvorsitzende des Bunds der Strafvollzugsbediensteten (**BSBD**). Er ist einer der 16 Kommissionsmitglieder, die ihren Sach-

verstand in das Gremium einbringen, dem neben Praktikern aus dem Strafvollzug, Fachleute aus dem Bereich der Psychiatrie und der Behandlung Strafgefangener sowie Vertreter aus dem Justiz- und dem Sozialministerium und der Personalvertretung angehören.

Die Expertenkommission soll den Ist-Zustand im Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen ermitteln und konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten. Eine der zentralen Frage ist, wie

psychische Auffälligkeiten im Justizvollzug zuverlässig erkannt und sachgerecht behandelt werden könnten. Die Rolle des Justizvollzugskrankenhauses soll in diesem Zusammenhang ebenso untersucht werden wie der Einsatz interner und externer Fachleute in den einzelnen Justizvollzugsanstalten und die Zusammenarbeit mit dem Maßregelvollzug und den psychiatrischen Kliniken.

Laut Angaben des Justizministeriums wurden im vergangenen Jahr bei 2.603 Gefangenen psychische Auffälligkeiten festgestellt. Letztlich ausschlaggebend für die Einrichtung der Expertenkommission waren dann aber die wiederholten Vorfälle in Strafvollzugsanstalten des Landes mit gewaltbereiten psychisch auffälligen Strafgefangenen. Für besonderes Aufsehen hatte im Spätsommer der Tod eines Gefangenen in der Strafvollzugsanstalt Bruchsal gesorgt, der nach wochenlangem Nahrungsverweigerung verhungert war.

Die Vorfälle im Spätsommer 2014 hatten auch **BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid** auf den Plan gerufen, der die Politik eindringlich aufforderte,

die Bediensteten im Strafvollzug durch gezielte Maßnahmen zu entlasten.

Der Appell ist offensichtlich angekommen. Anlässlich der ersten Sitzung der Expertenkommission am 15.12.2014 verwies Justizminister **Rainer Stickleberger** auf den einstimmigen Beschluss des Landtags im Zuge der Haushaltsberatungen, wonach neben der Erarbeitung von Leitlinien für den Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen auch die rechtlichen, organisatorischen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen des Justizvollzugs in Baden-Württemberg insgesamt überprüft werden sollen.

Etwaige sächliche und personelle Mehrbedarfe sollen demnach in einem Nachtragshaushalt berücksichtigt werden. Dieser Beschluss des Landtags schafft laut **Stickleberger** die finanzielle Grundlage dafür, dass die Empfehlungen der Kommission in die Praxis umgesetzt werden können. Die Kommission wird nach den derzeitigen Planungen monatlich tagen und im dritten Quartal 2015 ihren Abschlussbericht vorlegen.

*im Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen ermitteln und konkrete Handlungsempfehlungen ...erarbeiten. Aber auch über diese Themenstellung hinaus besteht Anlass, die tatsächlichen Entwicklungen im Justizvollzug von Baden-Württemberg in den Blick zu nehmen und zu prüfen, ob die Rahmenbedingungen im Interesse einer umfassenden und sicheren Erfüllung der vollzuglichen Zielsetzungen angepasst werden müssen. Dabei werden insbesondere die Beobachtungen und Erfahrungen des **BSBD-Landesverband Baden-Württemberg** zu berücksichtigen sein.“ (Quelle: Entschließungsantrag, s.o.)*

**Der BSBD geht vorläufig davon aus, dass seit den 1990er Jahren vielfältige Einflüsse von außen auf die internen Strukturen und Abläufe in den Justizvollzugsanstalten eingewirkt haben, dass aber auch „hausgemachte“ Umstände erhebliche Einwirkungen ausgelöst. Es wurden viele Neuheiten mit theoretischen Ansätzen zur Effektivitätssteigerung der Vollzugsarbeit eingeführt, deren praktischen Auswirkungen auf die differenzierten und komplexen Organisationsstrukturen in den Anstalten zwar bemerkt wurden, die aber keineswegs systematisch erfasst oder bei Bedarf modifiziert worden sind.**

Hier sei in einer ersten Betrachtung beispielsweise die flächendeckende Einführung der NSI in allen Vollzugsbereichen und der betriebswirtschaftlichen Systematik im VAW genannt, die beide zunächst viel Arbeitszeit für Dokumentation und PC-Pflege gefordert haben. Die Strukturen in der Gefangenenaufsicht und -anleitung könnten dadurch verknüpft worden sein. Gelegentlich sind auch strukturelle Umformungen denkbar, die aus dem vergleichenden Controlling nach den NSI erwachsen sind.

Gewiss können strukturelle Auswirkungen erkannt werden durch die **Ausweitung von Aufgaben** im Sicherheits- und Gefährdungsbereich der Anstalten, die zweifellos und richtigerweise den Einsatz einer Reihe von „Sonderbeauftragten“ erforderte. Damit wurden aber neu zu besetzende Funktionen geschaffen, durch die der Personaleinsatz in den Abteilungen – auf den Stockwerken bei den Gefangenen – zwangsläufig ausgedünnt wurde; denn zusätzliches Personal gab es nicht. Damit steigerte sich aber zugleich die Belastung und Gefährdung



**BBW und BSBD: Die Vorsitzenden Volker Stich (Mitte) sowie Alexander Schmid (links) und Georg Konrath (rechts).**  
Foto: BSBD/LHVS Gültstein

## Erste Anmerkungen des BSBD zum Auftrag und zur Arbeit der Expertenkommission

Der **BSBD-Landesvorstand** begrüßt es sehr, dass sich der Auftrag an die Expertenkommission nicht allein auf das Spezialproblem des Umgangs mit „psychisch auffälligen Gefangenen“ beschränkt, sondern darüber hinaus und besonders auch Strukturfragen mit Auswirkungen auf Bedienstete und Gefangene thematisiert und behandelt werden sollen. Dieser umfassendere Auftrag geht aus dem Entschließungsantrag vom 10.12.2014 der Regierungsfractionen **GRÜNE** und **SPD** sowie aus der Pressemitteilung vom 15.12.2014 von Justizminister **Rainer Stickleberger** deutlich hervor.

In die Kommission, die unter der Leitung von Referatsleiter **Prof. Dr. Rüdiger Wulf** steht, sind auch der **BSBD-Landesvorsitzende Alexander Schmid** und der Vorsitzende des Hauptpersonalrats im Justizministerium, **Georg Konrath**, berufen worden. Es ist insoweit wichtig und richtig, dass sich Vollzugspraktiker mit ihren Darlegungen und konkreten Erfahrungen aus dem Alltagsbetrieb der Anstalten in die Kommission einbringen können.

„Eine vom Justizministerium einberufene **Expertenkommission** wird den Status Quo

„Eine vom Justizministerium einberufene **Expertenkommission** wird den Status Quo



**Prof. Dr. R. Wulf.**  
Foto: Homepage Uni Tübingen

der Bediensteten auf den Stockwerken, so dass dieser Dienst zunehmend „unbeliebter“ wurde.

Es ist wohl nicht zu bezweifeln, dass die umfassenden **Zuständigkeitsverlagerungen** für das Personal auf die Anstaltsleitungen sowie die dezentrale Budgetierung deutliche strukturelle Effekte zeitigte.

Dies mag zu vielfältigen Vorteilen geführt haben, zugleich hat aber auch der Aufwand zur Bewältigung der neuen Aufgaben deutlich zugenommen.

### Wie wirkt sich die allgegenwärtige Gewalt in der Gesellschaft auf das „Anstaltsklima“ aus?

Bei äußeren Beeinflussungen wird die Kommission sich mit der bedeutsamen Frage befassen müssen, wie sich die allgegenwärtige **Gewalt** in unserer Gesellschaft und auch die dort vorhandene unkontrollierte und rücksichtslose **Machtausübung** auf das „Anstaltsklima“ und insbesondere auf die subkulturellen Aktivitäten der Gefangenen auswirken.

Dies ist auch im Hinblick auf die psychisch auffälligen Gefangenen von Interesse, da diese nicht selten zu Gewalttätigkeiten gegen sich selbst oder gegen Andere neigen. Diese Frage kann auch deshalb nicht außer Acht gelassen werden, weil ebenso im Zusammenhang mit gewalttätigen Übergriffen von Insassen auf Bedienstete zu erörtern ist.

Weitere externe Einflüsse auf die Behandlungsplanung mit Gefangenen und die damit verbundenen Strukturen ergeben sich etwa auch aus der „**Verrechtlichung**“ von Gefangenenangelegenheiten durch die Spruchpraxis der Vollstreckungsgerichte sowie aus den Sanktionsentscheidungen der Strafverfolgungsbehörden bei Verfehlungen von Gefangenen gegenüber Bediensteten.

Hierin könnten auch Gründe liegen für die gelegentlich den Bediensteten vorgehaltene „Kultur des Nicht-Hinsehens“ (**Prof. Kl. Laubenthal**), wenn ihre Erwartungen nicht erfüllt werden und so zu einer resignativen Haltung führen.

**Dies sind erste Einschätzungen zu einem weiten Feld vollzoglicher Problemanzeigen, das von der Expertenkommission wohl beackert werden muss.**

**Allein eine Erhellung der Gewalt-hypothesen könnte wohl nur durch eine wissenschaftlich-empirische Studie erreichbar sein. Eine solche wird der BSBD zwar nicht leisten können, er wird aber zu all den Themen seine praktisch gesammelten, reichen Erfahrungen einbringen (auch das ist „Empirie“) und regelmäßig hierzu im VOLLZUGSDIENST berichten.**

*wok*

## Praktische Erkenntnisse sind Grundlagen der BSBD-Forderungen

BSBD-Landesvorstand im Gespräch mit Mitgliedern des Arbeitskreises I

**Am 18. November 2014 empfing auf Einladung des Strafvollzugsbeauftragten der CDU deren bedeutender Arbeitskreis I – Recht und Verfassung – eine kleine Delegation des baden-württembergischen BSBD-Landesvorstands; ihr gehörten an der Landesvorsitzende Alexander Schmid sowie seine Stellvertreter Michael Schwarz und Peter Zielinski.**

Vom Arbeitskreis I der CDU-Landtagsfraktion waren anwesend: der Strafvollzugsbeauftragte **Karl Zimmermann** MdL (Sitzungsleitung) sowie die Abgeordneten **Bernd Hitzler** MdL (Arbeitskreisvorsitzender), **Dr. Stefan Scheffold** MdL (Ausschussvorsitzender), **Konrad Epple** MdL, **Dieter Hillebrand** MdL, **Dr. Bernhard Lasotta** MdL und **Prof. Wolfgang Reinhart** MdL.

Das Problemgespräch über die derzeitige und allgemeine Lage im baden-württembergischen Justizvollzug begann um 11:00 Uhr und überschritt die ursprünglich vereinbarte Zeit von einer Stunde schließlich um das Doppelte. Dies unterstreicht die Vielschichtigkeit der Erörterungen und das große Interesse auf Seiten der CDU-Abgeordneten an diesem Thema.

**I.** Der Strafvollzugsbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion begrüßte die Anwesenden und bedankte sich für das Zustandekommen des Gesprächs. Der Strafvollzug ist seit den Ereignissen im August in Adelsheim und Bruchsal ein präsent Thema und hat die CDU-Fraktion bei nahezu jeder seitherigen Fraktionssitzung beschäftigt.

**BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid** betont die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit des **BSBD** mit dem Abgeordneten **Zimmermann** und seiner Fraktion; man habe in ihm immer einen sehr verlässlichen Partner gesehen, der sich auch unvergessene Verdienste um die Ausstattung der Justizvollzugsanstalten und besonders um die Belange der Bediensteten erworben habe.

Derzeit seien im Justizvollzugsdienst des Landes ca. 3.700 Menschen beschäftigt, wovon der hohe Anteil von rund 2.500 Bediensteten vom **BSBD** vertreten wird. Die Forderungen des **BSBD**, welche man mit dem „Positionspapier vom 18.11.2014“ schriftlich übersandt habe, hätten ihre Grundlage in den praktischen Erkenntnissen der Vollzugsbediensteten. Kernthemen seien nun die **Fragen der**

**Besoldungsstruktur sowie der Laufbahnmöglichkeiten** der Justizvollzugsbediensteten.

**II.** Die Vorkommnisse in den Justizvollzugsanstalten Adelsheim und Bruchsal wurden thematisiert und es bestand Einverständnis, dass es sich im Falle der JVA Bruchsal bei den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft um ein laufendes Verfahren handele. Insoweit sei vom **BSBD** hierzu keine Äußerung zu erwarten und man halte sich strikt an die grundsätzlichen Verfahrensregeln.

Ebenso grundsätzlich stelle sich die Frage nach den Anforderungen an einen modernen Vollzug. Dabei spiele neben der Größe der Einheiten sicherlich auch die Frage vorhandener Therapiemöglichkeiten eine Rolle. Dies würde allerdings nichts an der grundlegenden Tatsache ändern, dass es sich bei der Arbeit der Justizvollzugsbediensteten um eine harte und unter Umständen auch gefährliche Arbeit handele und diese dabei auch mit Menschen konfrontiert würden, die wohl nicht therapiefähig wären. Ziel des **BSBD** sei, einen funktionsfähigen Vollzug sicherzustellen, in dem man ohne Angst, d.h. in Sicherheit, auch sozialer Sicherheit, arbeiten könne.

Einigkeit besteht darüber, dass zwischen der **Personalausstattung und der Qualität** des Strafvollzugs ein direkter Zusammenhang existiert. Die Praxis berichtet von einer qualitativ hochwertigen Arbeit trotz einer hohen Anzahl von Überstunden. Allerdings führten die erheblichen Anforderungen, teilweise auch Überforderungen, zu einem hohen Krankenstand bzw. zu einer erheblichen psychischen und physischen Belastung der Bediensteten.

Auch die bauliche Situation ist wesentlich für den Personalbedarf mit bestimmend, da die Zuordnung des Personals nach baulich gegliederten Stationen erfolgt.

**III.** Der Blick auf die **psychiatrische Versorgung** im Justizvollzug zeigt, dass kein landeseinheitlicher Standard existiert. Die Justizvollzugsanstalten haben eigene Modelle entwickelt, beispielsweise wird psychiatrische Versorgung von außen „zugekauft“ bzw. es finden auch Abteilungskonferenzen statt, in welchen ein Informationsaustausch sowie Beratungen über Einzelfälle erfolgen.

Derzeit sind unter der Gesamtinsassenzahl von mehr als 7.000 Gefangenen ca. 2.600 psychisch auffällige Personen in

Haft. **Verhaltensauffälligkeiten** haben sicher verschiedene Ursachen und äußern sich unterschiedlich. Dabei kann es zu extremen Situationen kommen, die einerseits den Einsatz des Personals in einem Höchstmaß binden und andererseits die Wiederherstellung geordneter Zustände erfordern. Dessen ungeachtet wird stets versucht, therapeutische Ansätze zu finden. Schwierig ist die Situation, wenn in den Abendstunden eine therapeutische Betreuung nicht mehr verfügbar ist und Haftinsassen im Regelvollzug die therapeutischen Vorgaben nicht befolgen.

Die Frage, ob für Bedienstete, welche über die reguläre Dienstpflicht hinaus auch pflegerische Dienste an Gefangenen verrichten, eine Zulage angemessen wäre, wird angesprochen.

IV. Die Bediensteten im Strafvollzug sind im Wesentlichen verbeamtet, was sich aus der hoheitlichen Aufgabe verfassungsrechtlich ableitet. Der Strafvollzugsbeauftragte der CDU-Fraktion MdL **Zimmermann** kritisiert, dass einer Anzahl von 2.490,5 Stellen für Beamte im allgemeinen Vollzugsdienst nur eine Zahl von **37 Stellen im gehobenen Dienst** gegenübersteht (Stand: 2012). Vollzugsdienstleiter seien im Regelfall in A 10 bzw. A 11 eingruppiert.

Der Erfolg eines ebenso sicheren wie behandelnden Vollzugs fußt auf drei Ele-

menten, nämlich der baulich-technischen Sicherheit, der administrativen Sicherheit und der sozialen Sicherheit. Nach Ansicht des **BSBD** wäre ein **Stellenzuwachs** von 100 Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst erforderlich um sicherzustellen, dass im Nachtdienst die Überwachung von jeweils 80 Insassen durch mindestens zwei Bedienstete erfolgen kann – und selbst dies ist noch knapp bemessen.

Darüber hinaus stellt der **BSBD** fest, dass im Bereich des Justizvollzugs nicht die Vorschriften der „freien Heilfürsorge“ Anwendung finden. Dabei würden insbesondere Vorsorgekuren (ab dem 40. Lebensjahr) sowie „Sabbatjahre“ von Kollegen nachgefragt.

Besonders kritisch wird gesehen, dass infolge der **Absenkung der Eingangsbesoldung** die Gewinnung hochqualifizierten Personals im gehobenen und höheren Dienst fast unmöglich wird. Als besonders problematisch zeigt sich dabei die Zulagenregelung, die an den jeweiligen Status des Dienstverhältnisses geknüpft ist.

Auch im Werkdienst ist die Personalgewinnung unter den bestehenden Konditionen schwierig.

V. Der Strafvollzugsbeauftragte **Karl Zimmermann** MdL stellt fest, dass es auch Dank des Wirkens der **CDU-Landtagsfraktion** zu keinen Einsparungen im

Justizhaushalt 2015/16 gekommen ist. Nach seiner Ansicht hat der Forderungskatalog des **BSBD** seine Berechtigung. Der Anteil von 1,5 Prozent der Beamten im gehobenen Dienst im gesamten Personalbestand des allgemeinen Vollzugsdienstes stelle ein krasses Missverhältnis dar. Im mittleren Dienst sei eine Angleichung der Besoldungsstufe A9 an A9 mit Zulage zu prüfen.

Ebenfalls zu prüfen sei die Aufnahme von Vorsorgekuren ab dem 40. Lebensjahr nach der Heilfürsorgeverordnung in die Versorgung der Vollzugsbediensteten.

#### Der BSBD merkt an:

**Dieses ausführliche, sehr offene und tiefgreifende Gespräch hat wohl nicht zuletzt – ebenso wie unser Positionspapier vom 12.11.2014 – dazu geführt, dass der Strafvollzugsbeauftragte zusammen mit der CDU-Fraktion noch sehr substantiierte und konkrete Entschließungs- und Änderungsanträge in die Haushaltsdebatte am 11. Dezember 2014 in den Landtag zu den Titelgruppen „Justizministerium“ und „Justizvollzugsanstalten“ einbrachte; leider wurden diese Anträge allesamt von der Mehrheit des Hauses abgelehnt.**

CSI, 2.12.2014/wok

(Das ausführliche Sitzungsprotokoll wurde dankenswerterweise vom CDU-Arbeitskreis I zur Verfügung gestellt.)

Aus: *Stuttgarter Nachrichten – Stadtausgabe vom 04.12.2014, Seite: 6*

## „... schlug mit der Faust ins Gesicht“

Justizministerium legt erstmals Liste mit Übergriffen von Gefangenen auf Vollzugsbedienstete vor

- **Vollzugsbeamte leben gefährlich, das zeigt die Liste mit den Übergriffen von Häftlingen.**
- **Immer mehr Gefangene haben psychische Probleme – doch es mangelt an Personal.**
- **Rippenbrüche, Schädelprellungen und Nasenbeinbrüche**
- **64 Suizide in den letzten zehn Jahren.**

Von **Arnold Rieger**

**Stuttgart.** – Baden-Württembergs Vollzugsbedienstete haben an die Politik appelliert, den Häftlingstod von Bruchsal und die Schlägerei im Gefängnis Adelsheim zum Anlass für eine grundsätzliche Bestandsaufnahme des Vollzugs zu nehmen. „Man sollte sich genau anschauen, wo der Schuh drückt“, sagte der Landesvorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, **Alexander Schmid**, unserer Zeitung. Der Gewerkschaftschef plädierte vor allem für ein ‚Mindestmaß an Personal‘ in den Haftanstalten. Zwar sei die Zahl der Gefangenen in den letzten Jahren rückläufig – momentan gibt



Haftabteilung-„Zellenflur“.

Foto: Symbolbild dpa

es 7.100 Strafgefangene im Südwesten, doch habe dies zu keiner Entlastung geführt. Denn die Gefangenen seien oft ‚hochproblematisch‘.

Dies deckt sich mit den Erkenntnissen des Stuttgarter Justizministeriums, das in einer Übersicht für die **CDU-Landtagsfraktion** die schwerwiegenden Übergriffe

von Häftlingen auf Vollzugsbedienstete aufgelistet hat. Danach wurden seit 2004 insgesamt 123 solcher Vorfälle gemeldet, 14 allein in 2014. Der letzte Eintrag stammt vom 12. Oktober. Dort heißt es zu einem Vorfall aus der Vollzugsanstalt Heilbronn: ‚Der Gefangene erhob sich und nahm den Behandlungsstuhl

und führte ihn mit beiden Händen über den Kopf und versuchte damit nach den Bediensteten zu schlagen.‘ Der Angriff konnte offenbar abgewehrt werden, denn es wurden keine Verletzungen vermerkt. So glimpflich geht es allerdings nicht immer ab. So ist etwa für den 30. Juni 2014 notiert: ‚Der Bedienstete zog sich Verletzungen im Halsbereich zu, neben Prellmarken auch blutende Kratzwunden.‘ Oder an anderer Stelle: ‚Der Gefangene schlug dem Bediensteten gezielt mit der Faust ins Gesicht.‘ Rippenbrüche, Schädelprellungen und Nasenbeinbrüche werden immer wieder vermerkt.

Die Schlägerei am 20. August in der Jugendhaftanstalt Adelsheim ist ebenfalls aufgelistet. Damals wurden fünf Beamte dienstunfähig geschlagen.

Daneben gibt es nach Angaben von **Schmid** aber noch eine hohe Dunkelziffer: ‚Mal schlagen sie einem die Tür gegen die Nase, mal bauen sie sich lediglich drohend vor einem auf.‘ Erfasst würden aber nur die Übergriffe, die zu Dienstunfähigkeit führten. **Schmid**: ‚Beides ist nicht tolerabel.‘

Ob bei den Angriffen psychische Erkrankungen eine Rolle spielten, kann das Justizministerium nicht sagen, denn dies wird nur im Vollzugskrankenhaus Hohenasperg erfasst. Belastbare Daten für die Vermutung, dass die Zahl der psychisch kranken Gefangenen zugenommen hat, gibt es also nicht. In der Antwort auf den **CDU**-Antrag heißt es jedoch auch: ‚Eindrücke von Vollzugspraktikern sprechen allerdings dafür.‘

Gemessen an den Übergriffen sei die Zahl der Ärzte und vor allem der Psychiater viel zu niedrig, meint der **CDU**-Rechts- und Sozialpolitiker **Bernhard Lasotta**: ‚Die unzureichende psychiatrische Versorgung der Strafgefangenen stellt ein Sicherheitsrisiko für die Beschäftigten und die Öffentlichkeit dar.‘... Die Landtags-**CDU** fordert deshalb genügend Geld, damit die Anstalten externen Sachverstand einkaufen können, denn zusätzliche eigene Fachärzte sind für sie nur sehr schwer zu gewinnen: Auch die hohe Zahl von Selbsttötungen in Gefängnissen bringt **Lasotta** zum Schluss, dass die psychiatrische Versorgung verbessert werden muss. Der Statistik zufolge haben seit 2004 insgesamt 64 Gefangene und Sicherungsverwahrte Suizid begangen – die meisten haben sich erhängt.

Gewerkschaftschef **Schmid** fordert angesichts dieser Probleme, der Vollzugsberuf müsse finanziell attraktiver gestaltet werden – vor allem für den mittleren Dienst, in dem rund 80 Prozent der Vollzugsbedienstete eingestuft sind. Auch die Beförderungsbedingungen müssten besser werden.

## Jahreshauptversammlung

# Reiner Bürgelin ist neuer Vorsitzender des BSBD-Ortsverbandes Freiburg

Heinz Wintergerst gibt Vorsitz ab – Führungsmannschaft wurde verjüngt

Am 3. Dezember 2014 fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg in der Gaststätte „Rhodia Stüble“ in Freiburg statt. Ortsverbandsvorsitzender Heinz Wintergerst konnte 48 Mitglieder und Pensionäre willkommen heißen. Ganz besonders begrüßte er den Landesvorsitzenden Alexander Schmid, den Justiziar im Landesverband und stellvertr. Anstaltsleiter der JVA Freiburg Gerhard Maurer-Hellstern, den stellvertr. Landesvorsitzenden und Verwaltungsleiter der JVA Freiburg, Peter Zielinski.

Die Ehrenmitglieder **Erich Haag** und **Hansjörg Schwaab** sowie den Ortsgruppensprecher von Waldshut-Tiengen, Kollegen **Erwin Bächle**, wie auch den ausgeschiedenen Sprecher der Ortsgruppe Lörrach, Kollegen **Strübin**, begrüßte er ebenfalls sehr herzlich. Eine Reihe weiterer Mitglieder hatten sich entschuldigt. Die Versammlungsteilnehmer gedachten der verstorbenen Mitglieder **Willi Lewko** und **Kurt Lebek**.

Anschließend ging man zur Tagesordnung über, welche schriftlich vorlag und genehmigt worden war.

Landesvorsitzender **Alexander Schmid** berichtete aus der aktuellen Arbeit des Landes- und Bundesverbandes. Schwerpunktthemen waren **HPR- und ÖPR-Wahlen 2014**. Er bedankte sich für das tolle Ergebnis bei den im Juli 2014 stattgefundenen HPR- und ÖPR-Wahlen.

Die PR-Schulung des **BSBD** findet vom 05.03. bis 06.03.2015 statt. Der **BSBD** richtet wiederum eine Personalräteschulung aus, an der von jeder Justizvollzugsanstalt zwei Personalräte teilnehmen können. Es ist sehr wichtig, dass die **BSBD**-Personalräte bestmöglich geschult und informiert sind, so **Schmid**.

Nach dem **Orientierungsrahmen der Landesregierung** sollten im Strafvoll-

zug bis 2020 70 bis 80 Stellen eingespart werden. Der schwierige Kampf dagegen konnte mit dem vom **BSBD**-Landesvorstand initiierten **Stundungsmodell** erfolgreich abgeschlossen werden. Dies besagt, dass durch die Umstellungen in den Bereichen der Notariate und der Grundbuchämter ab 2018 ca. 500+x Stellen eingespart werden können. Somit bleibt der Vollzug von den Stelleneinsparungen verschont. Dies sei für den **BSBD** ein Riesenerfolg!

## Termine des Landesvorsitzenden

**Alexander Schmid** berichtete von den vielen Terminen, die er im Zeitraum Ende Oktober bis Ende November in Politik und Justizverwaltung wahrgenommen hatte.

Weitere Themen waren **Rückmeldungen zum Positionspapier und zu der Mitarbeiterbefragung** im Justizvollzug. Der Ortsverbandsvorsitzende **Heinz Wintergerst** bedankte sich bei **Alexander Schmid** für seinen interessanten und informativen Bericht. Im Anschluss daran verlas der Schriftführer **Werner Bürklin** den Tätigkeitsbericht der Vorstandschaft des vergangenen Jahres.

Die Kassiererin, Kollegin **Bohr**, erstattete Bericht über Kassenstand und Mit-



Blick ins Plenum der Jahreshauptversammlung.

Fotos (3) BSBD Baden-Württemberg



V.l.n.r.: Heinz Wintergerst, Mathias Vogginger u. Landesvorsitzender Alexander Schmid.

gliederbewegung. Der Kassenstand habe sich erfreulicherweise positiv entwickelt.

Der OV Freiburg hat nun mit den Ortsgruppen Lörrach und Waldshut-Tiengen insgesamt **303 Mitglieder** und ist damit der größte Ortsverband in Baden-Württemberg. Im laufenden Jahr gab es zwölf Abgänge, wovon zwei Mitglieder leider verstorben sind und vier Mitglieder nach Offenburg versetzt wurden. Diese blieben dem Verband erhalten. Im Gegenzug gab es zehn Zugänge. Kollegin **Bohr** gab bekannt, dass sie nicht mehr für die Wahl der Kassiererin zur Verfügung stünde. Sie bedankte sich bei allen Mitgliedern für das Vertrauen der letzten zehn Jahre, in denen sie im Amt war.

Im Anschluss daran berichtete der erste Vorsitzende des Ortsverbandes Freiburg, **Heinz Wintergerst**, ausführlich über ein ereignisreiches Jahr. Wichtige Themen in den Vorstandssitzungen waren:

- Personal- und Hauptpersonalratswahlen
  - Mitgliederwerbung
  - Personalratswahlen 2014
  - Delegiertentag 2017 in Freiburg
- Der Vorsitzende berichtete auch über die Teilnahme an überregionalen Veranstaltungen.
- Das **Bundes- und Ländertreffen 2014** vom 16.03. bis 19.03.2014 in St. Peter wurde vom Ortsverband Freiburg im Auftrag des Landesverbandes organisiert.
  - **Europaseminar:** Europa wächst zusammen. Das Seminar fand vom 06.04. bis 09.04.2014 in Königswinter statt. Themenland war Luxemburg. Die JVA Schrässig wurde besichtigt. Teilnehmer waren die Kollegen **Adler, Wintergerst** und **Bürklin**.

In seinem Vortrag beschäftigte sich **Heinz Wintergerst** mit den Problemen des Strafvollzuges mit folgenden Ausführungen: „Der Beruf eines Strafvollzugs-

bediensteten ist nicht so alltäglich wie herkömmliche Berufe und stellt deshalb besondere psychische und physische Anforderungen an alle Kolleginnen und Kollegen des Strafvollzuges.

Der Strafvollzug ist Teil der Inneren Sicherheit des Landes und muss dementsprechend gewürdigt werden.

Läuft der ‚Betrieb Strafvollzug‘ rund, ist man in den Medien wenig präsent, bei negativen Ereignissen steht man jedoch im Focus der Öffentlichkeit.

Damit jedoch der Strafvollzug rund läuft, und man der Allgemeinheit einen sicheren Schutz vor den Straftätern bieten kann wie auch eine zeitgerechte Behandlung der Insassen, muss von Seiten der politisch Verantwortlichen Sorge dafür getragen werden, dass zur Erfüllung dieser Aufgaben genügend qualifiziertes und gut bezahltes Personal zur Verfügung steht. Diese zentralen Forderungen sind und bleiben die ureigenen Aufgaben unseres Verbandes. Wir als **BSBD** haben viel erreicht, wir sind präsent und selbstbewusst, wir sind wer seit 60 Jahren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns auch in Zukunft zusammenstehen, getreu unserem Motto: **Jetzt erst recht – Zukunft mitgestalten!**“

**Wintergerst** bat alle Mitglieder, vor allem auch die jungen Kolleginnen und Kollegen, dem **BSBD** verbunden zu bleiben, damit die Gewerkschaft sich als schlagkräftige und zahlenmäßig starke Berufsorganisation auch in Zukunft bei den politisch Verantwortlichen etablieren kann.

Am Ende seines Vortrages gab **Heinz Wintergerst** bekannt, dass er seit 2001 das Amt des Vorsitzenden innehatte. Da er 2015 pensioniert werde, stelle er nun sein Amt zur Verfügung. Er bedankte sich bei den Vorstandskolleginnen und -kollegen, beim Landesverband, bei den örtlichen Mitgliedern im Landesver-

band, bei **Gerhard Maurer-Hellstern**, **Peter Zielinski**, **Frank Maertins** sowie den Ehrenmitgliedern **Erich Haag** und **Hansjörg Schwaab** für die langjährige harmonische Zusammenarbeit und Unterstützung.

Auch bei der anwesenden Anstaltsleitung, den Herren **Maurer-Hellstern** und **Zielinski** bedankte er sich für die langjährige Unterstützung mit den Worten: „Die Anstaltsleitung hatte immer ein offenes Ohr für unsere Belange und für die gewerkschaftspolitische Fortbildung.“

Ich bin mir sicher, dass dies auch in Zukunft so sein wird.“ Als nächstes gaben die Fachgruppenvertreter ihre Berichte ab. Der **Fachgruppenvertreter AVD**, Kollege **Thiel**, berichtete über zwei Tagungen, an denen er teilnahm. Themen waren u.a. Stellenkegel, Positionspapier, Nachdienstzulage, Gesundheitsmanagement, Überstundenproblematik, Zunahme der Einzeltransporte und weibliche Bedienstete im Vollzug.

### Finanzielle Verbesserung für qualifiziertes Fachpersonal notwendig

Der **Fachgruppenvertreter WD**, Kollege **Menner**, nahm an einer Fachgruppenvertretertagung teil. Themen waren u.a. Erhöhung der Stellenzulage, welche schon seit 1994 gefordert wird, und Einsparungen in den vergangenen Jahren. Es sei extrem schwierig, gute qualifizierte Meister für den Dienst im Vollzug zu gewinnen. Ein lediger Meister im Alter von 28 bis 30 Jahre bekommt ein Anfangsgehalt von 1425,00 €, davon gehen noch 100,00 € für die Krankenversicherung ab. Sollte es hier nicht gelingen, finanzielle Verbesserungen zu erreichen, wird es zukünftig nicht mehr möglich sein, qualifiziertes Fachpersonal mit einer Meisterausbildung zu bekommen.

Der Fachgruppenvertreter gehobener Dienst, Herr **Rothböck**, berichtete von zwei Tagungen in Freiburg und Mannheim. Themen waren: Erstellung eines Flyers für den gehobenen Dienst, Maßnahmen zur Personalgewinnung im Intranet und Internet sowie Stellenbewertungen.

Der Fachgruppenvertreter mittlerer Verwaltungsdienst, Kollege **Bank**, berichtete von einer im Februar stattgefundenen Sitzung in Freiburg, bei der der Stellenkatalog im mittleren Verwaltungsdienst erörtert wurde. Neu eingestellten Beschäftigten soll zukünftig die Möglichkeit gegeben werden, nach Absolvierung eines sechs Monate dauernden Verwaltungskurses in das Beamtenverhältnis übernommen zu werden.

Der Fachgruppenvertreter Krankenpflagedienst, Kollege **Allgeier**, gab bekannt, dass das Kleidergeld für den



V.l.n.r.: Allgeier, Trendle, Rothböck, Bach, Ruf, P., Bohr, Bürklin, Schüssele, Thiel, Schmid, Menner, Wintergerst, Bürgelin, Vogginger, Bank und Hog.

KrankenpflegeDienst mit Einführung der blauen Uniform zur Hälfte gekürzt wurde. Der Fachgruppenvertreter Pensionäre, **Karl Adler**, bedankte sich beim Landesvorstand für die wiederum sehr gute und gelungene Tagung für „pensi-onsnahe Jahrgänge“ in Stuttgart.

#### Ehrungen:

Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurden geehrt: **Roland Haßler; Martin Weber; Hartmut Redhaber; Josef Gass; Bernd**

**Gremmelsbacher, und Primus Ruf.**

Für 50 Jahre Mitgliedschaft wurde geehrt: **Kurt Sillmann**, (Ortsgruppe Lör-rach).

Nach der Entlastung der Vorstand-schaft erfolgten die Neuwahlen, geleitet vom Ehrenmitglied **Hans-Jörg Schwaab**.

#### Ergebnis der Neuwahlen:

Vorsitzender: **Reiner Bürgelin**  
Stellv. Vorsitzender: **Mathias Vogginger**  
Kassierer: **Philipp Hog**

Schriftführer: **Sandra Schüssele**

Fachgruppenvertreter:

AVD: **Uwe Thiel**.

WD: **Alexander Rees**.

KrankenpflegeDienst: **Bernd Allgeier**

Gehobener Dienst:

**Andreas Rothböck**

Mittlerer Verwaltungsdienst:

**Michael Bank**

Außenstellen: **Holger Nutto**

Pensionäre: **Heinz Wintergerst**

Kassenprüfer: **Felix Hahn, Thomas**

**Röther und Tobias Walter.**

Der stellv. Vorsitzende **Mathias Vogginger** würdigte die aus ihren Ämter scheidenden Kolleginnen und Kollegen. Zusammen hätten es **Heinz Wintergerst, Werner Bürklin, Maria Bohr, Otto Menner, Werner Bach und Bernadette Trendle** auf 78 Jahre Engagement im Vorstand des **BSBD** gebracht. Als Dank dafür übergab Kollege **Vogginger** den langjährigen Vorstandsmitgliedern ein Präsent. Die ausscheidenden Funktionsträger wurden mit lang anhaltendem Applaus verabschiedet.

Zum Abschluss bedankte sich **Heinz Wintergerst** bei allen Anwesenden für das gezeigte Interesse und die Teilnahme an der Versammlung. *Werner Bürklin*

## Uwe Zielinski zum Vorsitzenden gewählt

Jahreshauptversammlung des BSBD-Ortsverbandes Mannheim am 18. November 2014

Pünktlich um 15:30 Uhr eröffnete der Vorstandsvorsitzende **Jürgen Scheike** die Mitgliederversammlung des **BSBD-Ortsverbandes Mannheim** und begrüßte alle Anwesenden, insbesondere auch unsere Pensionäre, die wieder recht zahlreich erschienen waren. Erfreulicherweise waren auch gleich neue Mitglieder gekommen, die direkt nach ihrer Einstellung für den **BSBD** geworben – und so gewonnen – werden konnten.

Nach Genehmigung der Tagesordnung ging Kollege **Scheike** auch gleich auf unser **BSBD-Grillfest** im August dieses Jahres ein. Als Testballon gestartet, fand das Fest bei allen Mitgliedern großen Anklang und war somit ein voller Erfolg. Alle Anwesenden sprachen sich für eine Wiederholung im nächsten Jahr aus. Somit sieht sich der Vorstand in der Pflicht und wird sich in absehbarer Zeit mit der entsprechenden Vorplanung beschäftigen. Ein Termin für das Grillfest im kommenden Jahr wird jedem Mitglied rechtzeitig mitgeteilt werden. Kollege **Culman**, stellv. Vorsitzender des OV, informierte die anwesenden Mitglieder darüber, dass der Ortsverband mit seiner

Verbandskasse zur **BBBank** gewechselt sei. Sämtliche Konten bei der Sparkasse Mannheim wurden aufgelöst. Durch diesen Wechsel werden zukünftig Gebühren gesenkt und zudem das „Handling“ erleichtert.

Ein weiterer sehr positiver Nebeneffekt ist, dass sich die **BBBank** an einer engen Zusammenarbeit mit unserem Ortsverband stark interessiert zeigt und auch bereit ist, bei künftigen Events als Sponsor aufzutreten.

Unsere Mitgliederzahl ist allein in diesem Jahr um weitere 22 Neumitglieder gestiegen, so Kollege **Culman** weiter. Bedingt durch die Auflösung der Außenstelle Heidelberg und den damit verbundenen Versetzungen in andere Anstalten verloren wir aber auch leider neun Mitglieder. Alles in allem aber kann der Ortsverband die Mitgliederentwicklung durchaus positiv werten.

Weiter informierte Kollege **Scheike** über die jüngsten Ereignisse in der JVA Adelsheim und der JVA Bruchsal und löste so eine heiße Diskussion der Versammlungsteilnehmer aus, die ihren Unmut sowohl über die Sparpolitik – hier insbesondere über die Personalpolitik der amtierenden Regierung – als auch über die

Medienberichte in den verschiedensten Tageszeitungen äußerten. Auch die mutmaßlich fehlende Hilfestellung für die betroffenen Kolleginnen bzw. Kollegen in dieser Situation durch entsprechende Gegen- bzw. Richtigstellungen einzelner Berichterstattungen in den Medien und auch vor Ort durch unseren Landesvorsitzenden stieß bei einigen Mitgliedern auf großes Unverständnis.

Der Vorsitzende beendete die Diskussion mit dem Hinweis auf die Stellungnahmen seitens des Landesvorsitzenden, die aber leider in der hiesigen Presse keine Beachtung fanden. Zudem wies er auf einen Ausflug im kommenden Frühjahr nach Schwäbisch Gmünd mit umfassender Besichtigung der dortigen JVA hin. Die Planung sei bereits angelaufen. Weitere Informationen hierzu werden zeitnah auf dem üblichen Weg weitergegeben, so Kollege **Scheike** weiter.

Es folgten dann die Berichte der anwesenden Fachgruppensprecher. Kollege **Guggenheim** als Vertreter der Fachgruppe „Psychologischer Dienst“ ging nochmals auf den Vorfall in Bruchsal ein und bestätigte den allgemeinen Unmut der Fachgruppe über die Vorgehensweise, wie innerhalb der JVA mit den betroffenen

Kolleginnen bzw. Kollegen umgegangen werde. Die Kolleginnen bzw. Kollegen dort seien auf sich alleine gestellt, werden einfach mal eben so suspendiert, anstatt ihnen eine angemessene Unterstützung oder Rückendeckung zu geben.

Kollege **Brühl** als Vertreter der Fachgruppe „Sozialer Dienst“ informierte die Anwesenden darüber, dass ein Qualitäts-handbuch für Sozialarbeiter erarbeitet und herausgebracht werde, in dem es unter anderem auch darum geht, dass die Sozialarbeiter verpflichtet werden, jeden Neuzugang in der JVA spätestens nach drei Tagen aufzusuchen. Dies mag nach Auffassung des Kollegen **Brühl** in kleineren Anstalten machbar zu sein, aber in größeren Anstalten – wozu auch Mannheim gehört – wohl eher Probleme bereiten wird. Es sei abzuwarten, wie dies endgültig geregelt werden wird.

Kollege **Scheike** als Vertreter der Fachgruppe **AVD** sprach u.a. noch die derzeitige Situation in Bezug auf die gestoppten Stelleneinsparungen (siehe Meldung auf der **BSBD-Homepage**), die Beförderungssituation im Justizvollzug und die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Forderungskatalog an; er erinnerte hierzu nochmals an die Ausführungen unseres Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** in unserer letzten Mitgliederversammlung. Kollege **Schraut** als Vertreter der Fachgruppe „Junge Bedienstete“ stell-

te die Fachgruppe an sich vor. Sie sei eine noch sehr junge Fachgruppe und nicht minder wichtig, weil sie gerade auch ein Sprachrohr für junge Kolleginnen und Kollegen darstelle. Derzeit erarbeite man in der Fachgruppe ein Positionspapier und ist gespannt auf das Endergebnis.

Nach dem Kassenbericht und dem Bericht der Kassenprüfer erfolgte die Entlastung des Vorstandes. Danach ging man zur Wahl des Vorstandes und der Fachgruppenvertreter über. Der bisherige Vorsitzende Kollege **Scheike** kandidierte aus Zeitmangel nicht mehr für den Vorsitz.

#### Ergebnisse der Neuwahlen:

1. Vorsitzender  
2. Vorsitzender  
Schriftführerin:  
Kassierer:  
Fachgruppensprecher AVD:  
Fachgruppensprecher VAW  
Fachgruppensprecher mittl. Verw.  
Fachgruppensprecher junge Bed.  
Fachgruppensprecher psych. Dienst  
Fachgruppensprecher soz. Dienst  
Fachgruppensprecher Tarifvertr.  
Fachgruppensprecher Krankenpfl. Bed.  
Fachgruppensprecher geh. Dienst  
Fachgruppensprecher weibl. Bed.  
Fachgruppensprecher Ruhestandsbed.

**Uwe Zielinski**  
**Oliver Culman**  
**Monika Hacker**  
**Guido Rauschenberger**  
**Jürgen Scheike**  
**Stephan Stammer**  
**Klaus Frank**  
**Ralf Schraut**  
**Hans Guggenheim**  
**Sven Brühl**  
**Thorsten Wagner** (kommissarisch)  
**Christian Ziegler**  
**Bernhard Ruland** (kommissarisch)  
**Kerstin Rempel**  
**Werner Baumann**

Alle gewählten Kolleginnen und Kollegen nahmen auf Befragen des Wahlleiters die Wahl an.

Kollege **Scheike** übergab das Wort an den neuen Vorsitzenden – Kollegen **Zielinski**. Dieser bedankte sich bei den Wählerinnen und Wähler für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und dankte

dem Vorsitzenden für die geleistete Arbeit in den letzten Jahren. Auf diesem soliden Fundament kann man nun weiter den Aufbau im OV Mannheim betreiben.

Da keine Anträge zur Versammlung eingereicht worden waren, konnte Kollege **Zielinski** die Versammlung offiziell beenden.  
*Uwe Zielinski*

#### Nachruf

Der BSBD-Ortsverband Mannheim trauert um sein Mitglied

### Gerd Angermann

Regierungsamtmann

\* 19.10.1949

† 08.12.2014

Plötzlich und unerwartet ist unser Kollege und langjähriges Mitglied im Alter von 65 Jahren, einen Monat vor seiner wohlverdienten Pension, von uns gegangen.

Wir werden ihn in bleibender Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

*Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des BSBD Ortsverbandes Mannheim*

*Im Dezember 2014*

**Uwe Zielinski**  
Ortsverbandsvorsitzender

## Mitgliederwerbung 2014 ein voller Erfolg

Einkaufswertschecks an erfolgreichste Werber übergeben

Bereits seit einigen Jahren belohnt der **BSBD-Landesverband Baden-Württemberg** seine Mitglieder in den Ortsverbänden mit fünf Euro je gewonnenem Mitglied.

In Zusammenarbeit mit dem „**DBB-Beamtenbund und Tarifunion**“ wurde 2014 erstmals die Aktion „Mitgliederwerbung“ ausgeschrieben. Zusätzlich zu der bisherigen Auszahlung, sollten die fünf erfolgreichsten Werber mit Einkaufsgutscheinen bis zu 100,00 € prämiert werden. Für das Jahr 2014 stellte sich nun als erfolgreichster Werber **Christoph Abele** vom Ortsverband Hohenasperg heraus.

Der Beauftragte für Werbung und Mitgliedervorteile, **Lars Rinklin**, dankte Anfang Januar 2015 im Namen des Landesvorstandes

persönlich für den Einsatz und durfte die Einkaufswertschecks übergeben.

Dicht gefolgt auf dem zweiten Platz lag Kollege **Uwe Zielinski** vom OV Mannheim, für den die meisten neuen Mitglieder gewonnen werden konnten. Aber auch **Thomas Stuntz** vom OV Heilbronn, **Boris Rexter** vom OV Offenburg und **Martin Jurak** vom OV Adelsheim durften sich über Gutscheine freuen.

Ein besonderer Dank gilt aber auch den vielen anderen Mitgliedern, die ein, zwei oder sogar drei Neumitglieder anwerben konnten. Nur so ist es möglich, den Verband zu stärken, um unsere Interessen beim Dienstherrn sowie bei den politischen Verantwortlichen vorzutragen und durchsetzen zu können. Die Werbe-Aktion soll auch 2015 fortgesetzt werden, um das besondere Engagement um neue Mitglieder mit einem „Bonbon“ zu versüßen.



**Christoph Abele vom OV Hohenasperg (links) und Lars Rinklin vom LV Baden-Württemberg.** Foto: BSBD BW